

Antrag

der Abg. Dr. Bernd Murschel u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Kontakte der Landesregierung zu Vertretern der Agrogentechnik

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie oft Mitglieder der Landesregierung sowie Mitarbeiter der Ministerien zwischen 1990 und heute mit Vertretern der Agrogentechnik Gespräche führten;
2. wann diese Gespräche stattfanden und welchen Inhalt sie hatten;
3. an welchen Veranstaltungen Mitglieder der Landesregierung bzw. Ministeriumsmitarbeiter teilgenommen haben, die von in der Agrogentechnik tätigen Firmen, wie beispielsweise Monsanto, organisiert, mit veranstaltet oder ganz oder teilweise finanziert wurden;
4. welchen Inhalt diese Veranstaltungen hatten und wie sie von den Teilnehmern aus den baden-württembergischen Ministerien bewertet wurden;
5. zu welchen zwischen 1990 und heute stattgefundenen Veranstaltungen der Landesregierung oder der Ministerien Mitarbeiter von in der Agrogentechnik tätigen Firmen, wie beispielsweise Monsanto, eingeladen wurden;
6. wie oft Mitglieder der Landesregierung sowie Mitarbeiter der Ministerien zwischen 1990 und heute mit Vertretern von Initiativen zur Einrichtung gentechnikfreier Zonen Gespräche führten;

7. wann diese Gespräche stattfanden und welchen Inhalt sie hatten;

II.

dem Landtag die Aktenvermerke über die unter I. genannten Gespräche zur Verfügung zu stellen.

28. 11. 2007

Dr. Murschel, Pix, Mielich, Neuenhaus, Walter GRÜNE

Begründung

Beim amtlichen Monitoring zur Überwachung der Befallsfreiheit durch den Schädling Maiswurzelbohrer im August dieses Jahres war ausgerechnet ein Vertreter eines großen internationalen Agrogentechnikkonzerns anwesend. Dabei stellt sich die Frage, ob dies ein Zufall war oder ob nicht die Interessenvertreter der Agrogentechnik gezielt die Verbindung zu den Entscheidungsträgern in der Landesverwaltung suchen um sich in Zukunft ökonomische Vorteile zu sichern. Von der Landesregierung und den Ministerien ist aber eine Unabhängigkeit im Umgang mit den Wirtschaftslobbyisten zu erwarten.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 7. Januar 2008 Nr. 23–0141.5 nimmt das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

- 1. wie oft Mitglieder der Landesregierung sowie Mitarbeiter der Ministerien zwischen 1990 und heute mit Vertretern der Agrogentechnik Gespräche führten;*
- 2. wann diese Gespräche stattfanden und welchen Inhalt sie hatten;*
- 3. an welchen Veranstaltungen Mitglieder der Landesregierung bzw. Ministeriumsmitarbeiter teilgenommen haben, die von in der Agrogentechnik tätigen Firmen, wie beispielsweise Monsanto, organisiert, mit veranstaltet oder ganz oder teilweise finanziert wurden;*
- 4. welchen Inhalt diese Veranstaltungen hatten und wie sie von den Teilnehmern aus den baden-württembergischen Ministerien bewertet wurden;*
- 5. zu welchen zwischen 1990 und heute stattgefundenen Veranstaltungen der Landesregierung oder der Ministerien Mitarbeiter von in der Agrogentechnik tätigen Firmen, wie beispielsweise Monsanto, eingeladen wurden;*

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

6. wie oft Mitglieder der Landesregierung sowie Mitarbeiter der Ministerien zwischen 1990 und heute mit Vertretern von Initiativen zur Einrichtung gentechnikfreier Zonen Gespräche führten;

7. wann diese Gespräche stattfanden und welchen Inhalt sie hatten;

II. dem Landtag die Aktenvermerke über die unter I. genannten Gespräche zur Verfügung zu stellen.

Zu I. 1. bis I. 7. und II.:

Eine Statistik zu Gesprächen, die Mitglieder der Landesregierung und/oder Mitarbeiter der Ministerien zwischen 1990 und heute im Zusammenhang mit einzelnen Themenfeldern wie z. B. der Grünen Gentechnik geführt haben, existiert nicht, da dies mit dem Grundsatz einer schlanken und effizienten Verwaltung nicht zu vereinbaren wäre. Das Thema der Agrogentechnik war über mehrere Jahre regelmäßig Bestandteil allgemeiner agrarpolitischer Gespräche und Veranstaltungen.

Zu dem in der Begründung des Antrags dargestellten Sachverhalts ist ferner auf Folgendes hinzuweisen:

Auf Einladung der Firma Syngenta fand am 23. Juli 2007 die Besichtigung von amtlichen und firmeneigenen Maisherbizidversuchen in Südbaden (Versuchsorte in den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und im Ortenaukreis) statt. An der Besichtigung nahmen neben dem amtlichen Pflanzenschutzdienst und einem Vertreter des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums Augustenberg (LTZ) auch drei für Herbizide zuständige Vertreter der Firma Syngenta teil.

Gänzlich unabhängig von dieser Versuchsbesichtigung wurde an diesem Tag in der Nähe von Lahr von dem dort für die Sexuallockstoffallen (Maiswurzelbohrer Monitoring) zuständigen Kontrolleur der verdächtige Käfer in einem Maisfeld entdeckt. Der Fund wurde sofort per Mobiltelefon an den zuständigen Pflanzenschutzdienst gemeldet. Dieser beorderte den Kontrolleur mit seinem Fund nach Kappel-Grafenhausen, wo sich die Besichtigungsgruppe gerade befand. Der Fund wurde von dem Mitarbeiter des LTZ zur genauen Bestimmung an die LTZ-Außenstelle nach Stuttgart mitgenommen, wo im Sachbereich Entomologie der Käfer als Maiswurzelbohrer identifiziert wurde. Es handelte sich nicht um ein „gezieltes“, sondern um ein zufälliges Zusammenreffen.

Die Haltung der Landesregierung zur Gentechnik ist unter anderem in den Stellungnahmen zu den Anträgen/Kleinen Anfragen DS 13/5064, DS 14/23, DS 14/185, DS 14/675, DS 14/1086, DS 14/1148, DS 14/1303, DS 14/1340 und DS 14/1612 umfassend dargestellt.

Die Gewährleistung der Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln mit konventionellen, ökologischen oder gentechnisch veränderten Organismen (Koexistenz) ist Gesetzeszweck des derzeit geltenden Gentechnikgesetzes.

Die Landesregierung setzt sich auf der Grundlage der EU-Vorgaben für die Koexistenz der Anbauformen mit und ohne GVO sowie für die Wahlfreiheit von Verbrauchern und Landwirten ein. Mit der Beteiligung an den Koexistenzversuchen des Bundes kommt das Land seiner Vorsorgepflicht nach, bestehende konventionelle und ökologische Anbauverfahren zu schützen.

Koexistenz ist aber nicht nur eine Frage von Mindestabständen, die in der Rechtssetzung festgelegt werden, sondern auch eine Frage des Umgangs vor

Ort. Dies gilt sowohl für das Verhältnis unter den Landwirten als auch für das Verhältnis mit den Bürgern. Koexistenz wird nur gelingen, wenn die Interessen der Landwirte bei allen Anbauformen gleichermaßen berücksichtigt werden. Dabei gilt insbesondere, dass bestehende konventionelle und ökologische Landbauverfahren erhalten werden.

Es hat sich gezeigt, dass zum gesamten Thema Gentechnik ein großer Informations- und Gesprächsbedarf zwischen allen Beteiligten und Interessensgruppen besteht. Dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum ist dieser Austausch mit allen Betroffenen sehr wichtig. Deshalb wurde u. a. die fachübergreifend besetzte „Projektgruppe Grüne Gentechnik“ gegründet, die bereits am 22. Januar 2004 erstmals getagt hat. Sie beschäftigt sich mit aktuellen Fragen der Gesetzgebung und deren möglichen Konsequenzen für die Koexistenz in Baden-Württemberg. Es beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter der Landfrauenverbände, der Verbraucherzentrale, des Einzelhandelsverbands, der Ernährungsindustrie, der Genossenschaften, des Landhandels, der Bauernverbände, der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau, der Universität Hohenheim, der südwestdeutschen Pflanzenzüchter, der Naturschutzverbände sowie der Kirchen mit einer jeweils sehr differenzierten Meinung. Der sachbezogene Diskurs innerhalb der Projektgruppe fördert auch den sachlichen, wissenschaftlich fundierten Umgang mit dem Thema in einer Vielzahl anderer, nicht von der Landesregierung organisierten Veranstaltungen. Die Projektgruppe wird weiter geführt.

Darüber hinaus wird seitens der Landesregierung der sachliche Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen zum Thema Grüne Gentechnik auf verschiedensten Ebenen gepflegt. Ziel dabei ist, die unterschiedlichen Interessen von Verbrauchern und Landwirten im Hinblick auf eine mögliche Anwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen zu sondieren und zu verträglichen Lösungen zu kommen. Insbesondere im Zusammenhang mit den Versuchen in Rheinstetten und Ladenburg wurden zahlreiche öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Die Haltung der Landesregierung zur Gentechnik ist für alle Bürgerinnen und Bürger dem umfassenden Internetangebot des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zu entnehmen.

Hauk

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum